

Poster zum  
Herausnehmen:  
2007 – ein außer-  
gewöhnliches Jahr!

„Können Sie mir mal ein paar Milliarden pümpen?“

Karl-Heinz Schoenfeld

## Die Bundesregierung: Eine Meistermannschaft...

- 01 Editorial  
von Prof. Dr. Michael Eilfort
- 03 A New Financial EU Constitution  
Konferenz in Brüssel
- 04 „Reform“ der Pflegeversicherung  
Prof. Raffelhüschen nimmt Stellung
- 05 Was ist „sozial gerecht“?  
Eine perspektivische Annäherung
- 06 Internationaler Austausch  
Frankreich und Südostasien zu Gast
- 07 Föderalismusreform II  
Experten diskutieren  
auf Einladung der Stiftung
- 08 Zur Person

Kompliment an die Bundesregierung und namentlich die Kanzlerin für ihr internationales Auftreten: Kein Fettnapf, keine Allüren, kein Poltern, stattdessen Klarheit, Mut und Verhandlungsgeschick. Der außenpolitisch nahezu perfekte Parcours, insbesondere Erfolge bei EU-Ratspräsidentschaft und G8-Gipfel sowie die Geradlinigkeit wie das richtige Maß gegenüber „lupenreinen“ Demokraten, Diktatoren oder Marktkommunisten verdienen Anerkennung.

Auf der innenpolitischen Habenseite verbleiben (zumindest vorerst) die Rente mit 67 und das überfällige, nun konkret absehbare Ende der Steinkohlesubventionen 2018. Dazu – ein echter Fortschritt – die Senkung der Lohnnebenkosten durch einen deutlich verringerten Satz bei der Arbeitslosenversicherung: Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden so – und dank der konjunkturellen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt – im Vergleich zu 2005 im Jahr 2008 mit über 23 Mrd. Euro entlastet. Schließlich und nicht zuletzt, ist auf substantielle Verbesserungen in Qualifikation, Forschung und Innovation hinzuweisen.

So stark die außenpolitische Bilanz 2007 ausfällt, so dürftig ist sie trotz der genannten Fortschritte im Inneren. Hier hat die Regierung strukturell bzw. aus eigener Kraft zu wenig erreicht, einige Probleme noch verschärft und vieles erst gar nicht angepackt.

Fortsetzung Seite 2

## ... oder eher Abstiegs kandidat?

Im Soll steht an erster Stelle der nur vorläufig begrenzte Mindestlohn als Dummheit des Jahres (siehe unsere Schrift „Irrglaube Mindestlohn“, [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)), zweitens die angesichts der jüngsten Arbeitsmarktzahlen sachlich schwer zu begründende Verlängerung der Zahlungsdauer beim Arbeitslosengeld I als Wiedereinstieg in die teure und Älteren gegenüber asoziale Frühverrentung. Dieser Schritt erfolgt nicht so umfassend wie oft dargestellt und ist zudem an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit gekoppelt – falsch ist er trotzdem.

Und drittens die beginnende Diskussion über den Jobmotor Zeitarbeit: Soll das angesichts des starren Kündigungsschutzes letzte Flexibilitätsfenster eines blockierten Arbeitsmarkts sofort wieder geschlossen werden? Dazu kommen teure Beschlüsse zur Pflegeversicherung, die man für sich genommen begrüßen mag. Finanziert sind sie allerdings nicht und verschärfen noch die schon im unseligen Blüm-Erbe angelegten Strukturprobleme. Bei der Gesundheit verändert sich Manches, aber wenig zum Guten. Auch die Hoffnung, der Bürokratiemoloch Gesundheitsfonds könne sich schon vor seinem geplanten Start 2009 erledigen, schwindet.

Durchwachsen fällt die Bilanz bei der Unternehmensteuerreform aus: Dem Licht für Viele und zumindest für einige Zeit – u.a. in Form der Senkung des Körperschaftsteuersatzes – stehen Schatten für fast alle gegenüber, die zudem ständig länger werden. Statt Anreize zu setzen, Planbarkeit und Vertrauen zu schaffen, überzieht der Gesetzgeber die Bürger und besonders die Wirtschaft mit neuer Kontrollbürokratie und Misstrauensgesetzgebung, von ordnungspolitischem Wahnwitz wie der Erhebung von Steuern auf Mietzahlungen ganz zu schweigen. Ähnlich vermurkst fällt der Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform aus.

### ‘Schuldenwende’ als Karikatur

Eine Enttäuschung – trotz manchem erkennbaren Fortschritt – stellt auch die Haushaltskonsolidierung dar. Natürlich ist die Verschuldung weiter gesunken, sind einige Länderhaushalte und manche laufenden Haushalte in den Sozialversicherungen ausgeglichen. Aber: Das ist weniger überfälligen strukturellen Reformschritten und weiterführenden Entscheidungen im Ausgabenbereich, als vornehmlich den Mehr- bzw. Rekordeinnahmen bei Unternehmen-, Einkommen- und Mehrwertsteuer geschuldet. Dazu kommt neuer Übermut: Im kommenden Jahr ist der schon jetzt geplante Ausgabenanstieg größer als der erhoffte Zuwachs bei den Einnahmen. Und was passiert im Abschwung? Der Verweis auf mittelfristige Ziele ist nichts weiter als eine dürftige Ausrede für die verpasste Chance 2008. Niemand glaubt ernsthaft an einen ausgeglichenen Haushalt 2011 – selbst wenn man wie der Bundesfinanzminister das derzeitige Einnahmenniveau fortschreibe ...

Je mehr der Bund hat, desto mehr hat er zu wenig. Die echte Schuldenwende wäre der Übergang von Kreditaufnahme zur Schuldentilgung, nicht der Wechsel von hoher zu zeitweilig niedriger Neuverschuldung. Auch 2008 sollen 11,9 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen und zugleich Reserven der Bundesagentur für Arbeit angegriffen werden. Ein Trauerspiel – es bleibt bei dem, was die Karikatur von Karl-Heinz Schoenfeld ausdrückt. Ihm und seinen Kollegen Klaus Stuttmann und Heiko Sakurai danken wir für einen Jahresrückblick der anderen Art: Humor ist, wenn man trotzdem lacht.



Prof. Dr. Michael Eilfort

### Das Demokratie-Problem

Schwerer fällt es, „locker zu bleiben“, wenn man an den schon am privaten Telefonanschluss merklich zunehmenden „Befragungsterror“ denkt, ohne dessen zuweilen zweifelhafte Ergebnisse keine Zeitungsseite, keine öffentliche Rede, kein Verbands- oder Vereinsblatt und kein politisch Verantwortlicher mehr auszukommen scheint. Noch einmal zur Verlängerung der Zahlungsdauer des Arbeitslosengelds I: 80% der Deutschen wollten sie, beruft sich Ministerpräsident Rüttgers auf Umfragen. Er sagt nicht, dass der Zuspruch drastisch sinkt, wenn man in die Erhebung auch die Frage einbezieht, wer die Gegenfinanzierung tragen soll. Andere Umfragen führt die SPD ins Feld: Ebenfalls 80% der Deutschen – komisch, dass bei stets so klaren Mehrheiten die Wahlen immer so knapp ausgehen – sind angeblich für den Mindestlohn.

Gleichermaßen kraftvoll bejaht würde zweifelsohne kostenfreier Alkoholgenuss: „Wenn ich die Menschen frage, ob sie Freibier wollen, bekomme ich auch Zustimmung.“ Diese „Umfrage“ bzw. das Zitat des Jahres stammt vom Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder. Recht hat er. Wenigstens einer, der sich dagegen wehrt, dass Politiker zu Notaren der Demoskopien werden – oder sich selbst dazu machen: Manche tragen so viele Umfragewerte vor ihrer Brust, dass sie selbst nicht mehr erkennbar sind. Wenn es denn so einfach wäre, könnte man viele Kosten sparen: Bundesregierung und Bundestag würden abgeschafft und der Beamtenapparat von Allensbach und dem dort erfassten „Bürgerwillen“ aus gesteuert.

### IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft  
V.i.S.d.P.: Susanna Hübner  
Charlottenstr. 60  
10117 Berlin  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
ISSN: 1612-9725

# A New Financial Constitution for the EU

## Tagung in Brüssel zur zukünftigen Haushaltsstruktur der Europäischen Union

Wie zukunftsfähig ist die Europäische Union? Bei nüchterner Betrachtung darf man durchaus skeptisch sein. Nachdem das europäische Verfassungsprojekt in zwei Volksabstimmungen gescheitert war, mag man es zwar als kleinen Etappensieg deuten, dass sich die Mitgliedstaaten Ende 2007 doch noch auf einen neuen, wenn auch abgespeckten Grundlagenvertrag einigen konnten. Aber angesichts der vereinbarten Inhalte ist der Erfolg eher symbolischer Natur – positiv und negativ wirkende Vertragsänderungen dürften sich ungefähr die Waage halten. Immerhin beweist die Einigung, dass institutioneller Wandel noch möglich ist. Doch fit für die Zukunft wird Europa auf diese Weise noch lange nicht. Dafür bedarf es weitreichender Veränderungen, vor allem im Hinblick auf diejenigen Politikbereiche, in denen die EU aktiv ist.

Die nächste Chance, hier größere Fortschritte zu machen, bietet sich schon bald, wenn es nämlich – ein erneutes Mal – darum geht, die Ausgaben und Einnahmen der Europäischen Union langfristig neu zu regeln. Entsprechende Bemühungen waren in der Vergangenheit nur von geringem Erfolg gekrönt, da die Verhandlungen regelmäßig von einer Kombination aus starken Einzelinteressen und dem Streben der Mitgliedstaaten nach möglichst hohen Rückflüssen aus dem EU-Haushalt dominiert waren. Man muss es schon fast als beschämend, auf jeden Fall aber anachronistisch bezeichnen, dass die EU ihr Ziel, zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu werden, u.a. dadurch verfolgt, dass mehr als 40% des EU-Budgets der Landwirtschaft gewidmet sind.

Die Suche nach Auswegen aus dieser verfahrenen Situation stand im Mittelpunkt einer Tagung, zu der die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 10. Oktober 2007 nach Brüssel eingeladen hat. Bereits zum zweiten Mal diskutierten die beiden Stiftungen mit ausgewiesenen Europa-Experten über Perspektiven für eine neue Finanzverfassung für die EU. Gleichzeitig wollten die Veranstalter damit auch einen produktiven Beitrag zu dem von der Europäischen Kommission im Herbst angestoßenen öffentlichen Konsultationsprozess hinsichtlich der Reformationsoptionen beim EU-Haushalt leisten. Übereinstimmend waren alle Referenten der Auffassung, dass der Status quo dringend

**Prof. Dr. Michael Eilfort**, Stiftung Marktwirtschaft

**Prof. Daniel Gros**, Ph.D., Centre for European Policy Studies, Brüssel

**Dr. Dalia Grybauskaitė**, EU-Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt

**Dr. Silvana Koch-Mehrin MEP**, stellv. Vorsitzende der Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE)

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann**, Kronberger Kreis und Universität Bonn

**Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué MdL**, Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag von Sachsen-Anhalt

Moderation: **Petra Pinzler**, Die Zeit

reformiert werden müsse. Die derzeitige Ausgabenstruktur spiegele weder die politischen Zielsetzungen der Europäischen Union noch die Herausforderungen, denen sich die EU und die Mitgliedstaaten gegenüber sähen, wider. Weniger einhellig fiel hingegen das Urteil über die Wahrscheinlichkeit zielführender Reformen aus. Während sich EU-Kommissarin Dalia Grybauskaitė diesbezüglich optimistisch zeigte, da ihrer Auffassung nach der Veränderungsdruck in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen habe, überwog bei den meisten übrigen Rednern eine skeptischere Sicht. Als Voraussetzungen für eine bessere Ausgabenstruktur wurde sowohl eine Reform der institutionellen Entscheidungsmechanismen auf europäischer Ebene als auch eine transparentere und von Korrekturmechanismen befreite Finanzierungsseite angeführt.

*Der Tagungsbericht folgt.*



EU-Kommissarin Dalia Grybauskaitė stellte sich erneut den Experten aus der Wissenschaft.

# Sehenden Auges in den Abgrund

## Pressegespräch zur Reform der Pflegeversicherung mit Bernd Raffelhüschen

Am 13. September hat die Stiftung Marktwirtschaft im Rahmen eines Pressegesprächs mit ihrem Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen die von der Großen Koalition beabsichtigte Reform der Pflegeversicherung auf ihre finanzielle Nachhaltigkeit hin analysiert. Das Ergebnis war bedrückend. Mit der geplanten Reform vergift die Politik eine (vermutlich letzte) große Chance, die Soziale Pflegeversicherung auf finanziell solide Füße zu stellen.

Pflegebedürftigkeit ist vor allem ein Altersrisiko – im Alter zwischen 80 und 85 Jahren ist jeder Fünfte pflegebedürftig, von den über 90-Jährigen sogar mehr als die Hälfte. Hingegen liegt dieser Anteil bei den unter 60-Jährigen gerade einmal bei 0,5%. Daher kann es nicht wirklich überraschen, dass die zunehmende Alterung der Bevölkerung ein riesiges, derzeit aber noch schlummerndes Problem für die Soziale Pflegeversicherung darstellt. Nicht nur, dass in den kommenden Jahrzehnten deutlich mehr Menschen als heute pflegebedürftig sein werden, gleichzeitig wird deren Versorgung angesichts zunehmender Kinderlosigkeit und Ein-Personen-Haushalte verstärkt durch – im Vergleich zur Pflege durch Angehörige teure – professionelle Pflegedienste bzw. in Pflegeheimen erfolgen müssen. Daher kann kein Zweifel daran bestehen, dass unsere Gesellschaft in Zukunft mehr Geld für Pflegeleistungen ausgeben muss. Umso wichtiger ist es aber, dass man die Pflegeversicherung sowohl generationengerecht als auch effizient organisiert. Beide Ziele werden mit dem derzeit diskutierten Gesetzentwurf verfehlt.

### Kernelemente des aktuellen Gesetzentwurfs

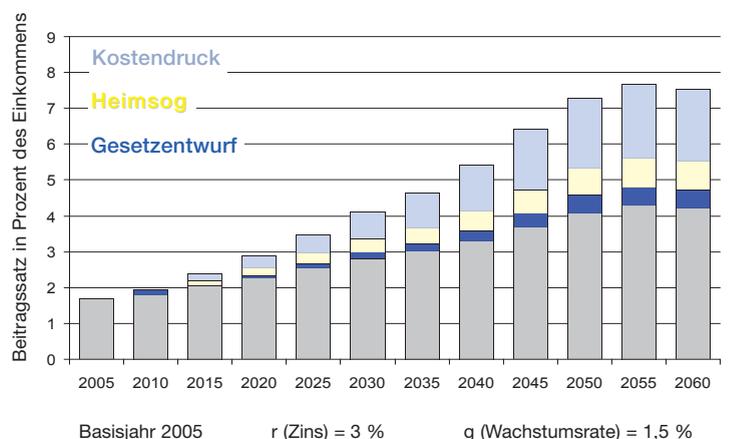
Dieser beinhaltet auf der Ausgabenseite zum einen erstmals einen Inflationsausgleich, d.h. eine Dynamisierung der Leistungen, zum anderen sollen auch Demenzerkrankte in der Pflegeversicherung besser berücksichtigt werden. Zur finanziellen Deckung dieser Leistungsausweitungen sowie des bereits heute bestehenden strukturellen Defizits soll der Beitragssatz ab Mitte 2008 um 0,25 Prozentpunkte erhöht werden. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat aber bereits angekündigt, dass man etwa ab dem Jahr 2014 erneut nach Antworten zur Finanzierung des dann absehbar auftretenden Defizits suchen werden müsse.

Welche Wirkungen der Regierungsentwurf bei realistischer Betrachtung auf die Pflegeversicherung hätte, verdeutlichte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen auf Basis der Ergebnisse des For-

schungszentrums Generationenverträge. Anhand detaillierter Berechnungen zeigte er die fehlende Nachhaltigkeit der Sozialen Pflegeversicherung auf. „Das Agieren der Großen Koalition bei der Sozialen Pflegeversicherung ist unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit schlicht unverantwortlich“, war sein Fazit. Die vorgesehenen Maßnahmen lassen eine Nachhaltigkeitslücke von rund 850 Mrd. Euro oder etwa 37% des Bruttoinlandsprodukts entstehen. Damit ist klar, dass die Beiträge langfristig deutlich stärker als die geplanten 0,25 Prozentpunkte angehoben werden müssen. Für das Jahr 2050 prognostiziert Raffelhüschen einen Beitragssatz von etwa 4,6%, sofern die jetzt geplanten Leistungen bis dahin real aufrecht erhalten werden sollen. Je nach Kostenentwicklung im Pflegesektor ist das sogar noch eine optimistische Variante.

Der jetzt vorgelegte Reformentwurf stellt also mehr ein Problem als eine Lösung dar. Anstatt die eigentlichen Mängel anzugehen, plant die Politik wieder einmal, einen weiteren ungedeckten Scheck auszustellen. Aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft muss eine sinnvolle Reform anders ansetzen: Notwendig ist ein möglichst schneller Übergang zum Kapitaldeckungsverfahren und zu leistungsäquivalenten Versicherungsprämien, die nicht mehr vom Arbeitseinkommen abhängen. Die Politik könnte dann zwar keine vermeintlichen Wahlgeschenke mehr machen, müsste die Bürger aber auch nicht länger über die Langfristauswirkungen belügen.

### Szenarien zur Beitragssatzentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung



Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge 2007

# Was ist sozial? Dimensionen der Gerechtigkeit

## Auf der Suche nach einer Begriffsklärung aus verschiedenen Perspektiven

„Soziale Gerechtigkeit“ ist schwer zu definieren. Häufig steht der Begriff für eine wahltaktisch motivierte, expansive Transformation des Sozialstaates. Die Stiftung Marktwirtschaft hat den Begriff nun in den Mittelpunkt einer Tagung gestellt, die profilierte Ökonomen, Sozialwissenschaftler, Kirchenvertreter und Abgeordnete des Deutschen Bundestages zusammengeführt hat. In der Katholischen Akademie in Berlin entspann sich am 8. November 2007 eine konstruktiv-kontroverse Diskussion zu Gleichheit, Gerechtigkeit und Sozialstaat. Für die Stiftung Marktwirtschaft umriss Vorstand Prof. Dr. Michael Eilfort zunächst das Spannungsfeld von Freiheit und Gerechtigkeit. Freiheit dürfe nicht als Abwesenheit von staatlichem und politischem Zwang verstanden werden; eine solidarische Gesellschaft müsse berücksichtigen, dass Freiheit auch eine materielle Grundlage braucht: „Echte Bedürftigkeit macht unfrei.“ Jedoch werde die Freiheit durch staatlich gemachte „Soziale Gerechtigkeit“ zu stark beschnitten, vor allem, wenn darunter nur vordergründige Verteilungsgerechtigkeit verstanden werde.

Der Sozialwissenschaftler Professor Klaus Schroeder, Freie Universität Berlin, verstand es, mit Hilfe präziser Daten das Zerrbild herrschender Ungleichheit in Deutschland zu demaskieren. So bleibe etwa der Gini-Koeffizient zur Messung von Einkommensdifferenzen seit Jahrzehnten auf etwa gleichem Niveau. Deutschland stehe insgesamt deutlich besser da als viele andere Staaten. Die Fundierung eines gerechtigkeitsorientierten Menschen- und Sozialbildes lieferten der ungarisch-französische Philosoph Anthony de Jasay sowie der Generalsekretär der Deutschen Bischofskonferenz Pater Hans Langendörfer SJ, der in Vertretung von Karl Kardinal Lehmann nach Berlin gekommen war. De Jasay entlarvte zunächst die Gleichheit als Zielgröße von politisch motivierter „Sozialer Gerechtigkeit“. Für Langendörfer implizierte das Soziale zwar die Solidarität des Gemeinwesens. Doch heiße dies vor allem, jedem Einzelnen zu ermöglichen, selbst für sein Wohl tätig zu werden. Dieser Subsidiaritätsgedanke sei bei der fortlaufenden Bewertung aller sozialpolitischen Bemühungen stets heranzuziehen, um Menschen über die Alimentierung hinaus die Chance zur Entfaltung und Teil-



Prof. Dr. Klaus Schroeder klärte in der Gleichheitsdebatte auf.

habe zu eröffnen. Dies sei in der Diskussion um gesetzliche Mindestlöhne mit möglichen negativen Beschäftigungseffekten bedeutsam. Der Sprecher des Kronberger Kreises, Professor Johann Eekhoff, plädierte in seinem Vortrag für eine strikte „soziale Flankierung“ der Marktwirtschaft. Nur durch eine klare Trennung sei die freie Preisfindung und die Funktionsfähigkeit der Märkte zu erhalten. Aus der Krankenversicherung sei die soziale Sicherung herauszuhalten. Der Gedanke einer Flankierung führe zu einer sinnvollen Ergänzung von Markt- und Sozialsystem. Eine lebhafte Diskussion zwischen den Abgeordneten Niels Annen, SPD, und Philipp Mißfelder, CDU sowie dem Auditorium verknüpfte Theorie mit Praxis: Konkrete sozialpolitische Projekte, etwa die Einführung von Mindestlöhnen, wurden aus verschiedener Perspektive diskutiert. Auch ohne abschließend zu einer Definition von „Sozialer Gerechtigkeit“ gelangt zu sein, ging die Tagung mit einem großen Erkenntniszugewinn zum komplexen Themenfeld von Freiheit, Staat und Sozialem zu Ende.

Ein Tagungsbericht über die Veranstaltung folgt.



Prof. Dr. Michael Eilfort, Anthony de Jasay, Pater Hans Langendörfer und Prof. Dr. Klaus Schroeder erörterten die Begrifflichkeit der „sozialen Gerechtigkeit“ aus verschiedenen Perspektiven.

# Internationaler Austausch der Stiftung Marktwirtschaft

## Institut Montaigne aus Paris ist mit französischen Unternehmern zu Besuch



Die Unternehmensvertreter aus Frankreich lauschten aufmerksam dem Planungschef des DGB und dem Stiftungsvorstand.

Das Gespräch zwischen Konrad Klingenburg (li.) und Michael Eilfort (re.) moderierte Philippe Manière.

### Unternehmer aus Frankreich suchen das Gespräch mit dem deutschen Think-Tank

Wie steigert man die Akzeptanz ökonomischer Reformen, wollten Unternehmer und Führungskräfte aus Frankreich von der Stiftung Marktwirtschaft wissen, als sie mit dem Institut Montaigne nach Berlin gekommen waren. Das Partnerinstitut mit Sitz in Paris ist ein ebenfalls unabhängiger Think-Tank, der im Austausch mit der Stiftung Marktwirtschaft steht. Philippe Manière, Direktor des Instituts, hatte Prof. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, und Konrad Klingenburg, Leiter der Grundsatzabteilung beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), bei dem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin zum Gespräch eingeladen. Von dort aus ging es für die „Geschäftsreisenden“ weiter in das Kanzleramt.

### Ökonomen aus Südostasien sehen ähnliche Probleme mit Bürokratie und der Besitzstandswahrung

Auf der Suche nach einer liberalen Strategie im Rahmen der Entwicklungspolitik sind Wirtschaftsexperten aus Südostasien auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bei der Stiftung Marktwirtschaft zu Gast gewesen. Sie wollten mehr über die German „Soziale Marktwirtschaft“ in Erfahrung bringen und fragten nach der Beurteilung der deutschen Wirtschaftspolitik durch den Think-Tank. Die Einbeziehung ihrer Region in nationale Überlegungen maßen sie dabei einen hohen Stellenwert bei. In einem kurzweiligen Austausch stellten beide Seiten fest, dass sich manche Probleme im Bereich der Bürokratie und Besitzstandswahrung trotz der großen Entfernung und kulturellen Unterschiede doch stark ähneln.



Die Delegation, bei der es sich überwiegend um Ökonomen aus Indien, Pakistan und Sri Lanka handelte, reiste nach ihrem Besuch bei der Stiftung Marktwirtschaft weiter nach Brüssel.

# Balanceakt zwischen Wettbewerb und Solidarität

## Tagung zur Föderalismusreform II mit Günther H. Oettinger und Jens Böhrnsen

MELH-3.101 steht für einen der spektakulärsten Räume im Deutschen Bundestag. Trotz des eindrucksvollen Blicks auf die Spree und das Reichstagsgebäude herrschte jedoch eine konzentrierte Stimmung während der Veranstaltung zur „Föderalismusreform II“, zu der die Stiftung Marktwirtschaft mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg im September eingeladen hatte. Es entwickelte sich ein leb-



Der Austausch zum wenig medienattraktiven Thema Föderalismus kann auch unterhaltsam sein: Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Bürgermeister Jens Böhrnsen und Prof. Clemens Fuest (v. li.).

hafter Austausch von Politikern, Wissenschaftlern und der interessierten Öffentlichkeit, als verschiedene Strategien zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgestellt und auf ihre Standfestigkeit überprüft wurden. Wie Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, feststellte, sei das Thema Föderalismusreform zwar „nicht BILD-zeitungsfähig“, doch von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Landes. Vor dem Hintergrund enormer Schulden sei über Verschuldungsschranken zu reden, jedoch auch über die Ursachen. Mehr Wettbewerb unter den Ländern und eine eventuelle Neuordnung der Steuerquellen müssen erwogen werden.

Ministerpräsident Günther H. Oettinger unterstrich, dass die Länder bisher ihre Einnahmenseite nur wenig gestalten könnten. Denkbar sei es daher, den Landtagen die Gestaltung derjenigen Steuern zuzubilligen, deren Aufkommen den Ländern zukommen, wie z.B. Grund- und Kfz-Steuer. Oettinger wandte sich jedoch gegen die Einrichtung eines Altschuldenfonds, bei dem sämtliche Schulden der Länder „in einen Topf“ geworfen würden. Er schlug vor, freiwerdende Mittel aus dem Solidarpakt zweckgebunden zum Abbau der Schulden der Länder zu verwenden.

Von „unerträglichen Schulden“ sprach Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Jens Böhrnsen. Es gebe unbestrittenen Re-

formbedarf, eine Insolvenzmöglichkeit für Länder aufgrund steigender Zinslasten oder ein generelles Schuldenverbot dürfe allerdings nicht zugelassen werden. Mehr Eigenverantwortlichkeit könne sich in Zuschlags-, nicht jedoch Abschlagsrechten ausprägen. Bremen müsse auf einer adäquaten Finanzausstattung bestehen. Professor Clemens Fuest, Kronberger Kreis, machte hingegen deutlich, dass ein Steuerwettbewerb unter den Ländern keineswegs zu Dumpingstrategien führen werde. Um die Gestaltungsräume der Länder zu vergrößern, schlug er einen variablen Zuschlag zur Einkommensteuer vor. Professor Hans Meyer, Humboldt-Universität Berlin, warb für eine gesetzliche Verpflichtung des Bundes, „Guthabenhügel“ statt Schuldenberge anzulegen. Zur Sicherheit müssten die Summen zur Bundesbank fließen und verzinst werden.

An der abschließenden Diskussion nahmen Vertreter aller Fraktionen im Deutschen Bundestag teil. Dabei unterstrich Ernst Burgbacher, FDP, die Notwendigkeit eines Schuldenverbotes, um alle Umgehungen zukünftig zu verhindern. Antje Tillmann, CDU, warb für die Aufnahme eines Deckungsquotensystems in die Verfassung. Die Idee der „Guthabenhügel“ wurde sowohl von Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen, als auch von Volker Kröning, SPD, begrüßt. Kröning sprach sich zudem für eine Verknüpfung von Kosten- und Aufgabenverantwortung der Länder durch ein verfassungsrechtlich garantiertes Konnexitätsprinzip und für die Erleichterung von Länderfusionen aus.

Aus dem Auditorium meldete sich der Bundesverfassungsrichter Prof. Ferdinand Kirchhof zu Wort: Mit dem Konnexitätsprinzip müsse „die Herkunft des Geldes“ der Länder transparenter gemacht werden. Bei der Verschuldung helfe nur ein Schuldenverbot, jedoch müsse die Reform des Föderalismus weit über die Schuldenfrage hinaus gehen.



Hut ab!

Franz  
Müntefering



Seine Ansichten zum Thema Mindestlohn teilt die Stiftung Marktwirtschaft nicht. Trotzdem ziehen wir den Hut vor Franz Müntefering. Er ist ein Vorbild an Geradlinigkeit in der Politik. Respekt für seine persönliche Entscheidung zum Rückzug, Respekt aber vor allem für heute selten anzutreffende Steherqualitäten: Müntefering liegt, was die Verlängerung des Arbeitslosengelds betrifft, so richtig wie der Kurt Beck des Jahres 2006: Wieso um alles in der Welt sollte man eine erfolgreiche Reform zurücknehmen, die nachweislich wieder mehr ältere Menschen in Arbeit gebracht hat? Deutschland und viele ältere Arbeitnehmer werden den Preis spätestens im nächsten Abschwung zahlen. Bleibt zu hoffen, dass es wenigstens bei der größten und mutigsten Reformleistung der Großen Koalition bleibt, der Rente mit 67. Ihr Initiator: Franz Müntefering.

Das war  
aber nichts,

Peer  
Steinbrück!



Im Zusammenhang mit den jüngsten Problemen der hauptsächlich von der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau getragenen Mittelstandsbank IKB stellte der Finanzminister fest: Es gebe in Deutschland Bankenvorstände, „die der Komplexität dessen, was sie tun, nicht gewachsen“ seien. „Die Hochnäsigkeit der Manager, die wir mitunter gesehen haben...“, endete in einem Desaster“. Aha. Aber waren denn die Aufsichtsorgane der Komplexität gewachsen? Ein Blick in den KfW-Verwaltungsrat offenbart: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat den Vorsitz. Ein weiterer Blick in den Aufsichtsrat der IKB: Hier ist ein Abteilungsleiter aus dem Bundesfinanzministerium Mitglied. Je höher man die eigene Nase trägt, desto weniger sieht man offensichtlich, was unter ihr passiert...?

Postgelbe  
Zitrone an

Klaus  
Zumwinkel



Deutsche Post AG

Klaus Zumwinkel hat Vieles mit der Deutschen Post AG erreicht. Inzwischen zu viel, denn der Preis ist zu hoch – für die Verbraucher, für den Wettbewerb und die Arbeitsplätze. Die in diesem Fall postgelbe Zitrone für den ordnungspolitischen Sündenfall des Jahres 2007 geht an Klaus Zumwinkel: Als personifiziertes Wettbewerbshindernis hat er es fertiggebracht, im erstaunlichen Zusammenspiel mit Franz Müntefering und den Gewerkschaften, eine ansonsten recht ausgeschlafene Bundeskanzlerin über den Tisch zu ziehen. Nun wird mittels des Mindestlohns von 9,80 Euro/Stunde das Postmonopol verlängert. Höchst unsensibel war zudem, dass der Postchef mit dem Aktienkurs-Resultat seines Gebarens auch noch Kasse machte. Und welche Doppelmoral steckt dahinter, dass sich die Deutsche Post im Ausland weit unterhalb aller Mindestlohngrenzen bewegt, z.B. in den Niederlanden bei der Tochter Select Mail?

Gewinner des  
Jahres

Frank-Jürgen  
Weise



Die Bundesagentur für Arbeit (BA) gehörte jahrelang zu den „Problemkindern“ der Politik: Haushaltsdefizite trotz hoher Beitragssätze, unbefriedigende Vermittlungsergebnisse und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die mehr Schaden als Nutzen anrichtete, waren die Regel. 2007 sieht hingegen vieles etwas freundlicher aus: Die Arbeitslosenzahlen befinden sich im Sinkflug wie seit langem nicht mehr, in der Kasse der BA hat sich ein beträchtlicher Überschuss angesammelt und selbst bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik deuten die jüngsten Evaluationsergebnisse auf kleine Fortschritte hin. Dieser Erfolg hat viele Väter – und der effektive wie unaufgeregte Vorstandsvorsitzende der BA, Frank-Jürgen Weise, seinen Anteil daran. Für 2008 hoffen wir auf eine Fortführung des Reformprozesses in der BA.